

BüSo-Extra

Bürgerrechtsbewegung
Solidarität

2009 BüSo wählen!

Wir sind das Volk!

VON HELGA ZEPP-LAROUCHE, KANZLERKANDIDATIN DER BÜSO

Liebe Wähler und potentielle Nichtwähler,

Sie haben es sich vielleicht schon selbst gedacht: Die Wahl am 27. September wird voraussichtlich die wichtigste Ihres Lebens sein. Denn aller Wahlpropaganda der etablierten Parteien zum Trotz, daß die „Talsohle der Krise“ schon erreicht sei, stehen wir unmittelbar vor dem größten Zusammenbruch in der Geschichte. Im Herbst drohen nicht nur Wellen von Firmenpleiten und Massenentlassungen, sondern die Desintegration des Weltfinanzsystems.

Der Hauptgrund dafür liegt in der Tatsache, daß die Regierungen seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise Ende Juli 2007 nichts getan haben, um die Kasino-Wirtschaft zu beenden und die Realwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Im Gegenteil: Allein in den USA wurden nach Angaben des TARP-Beauftragten der US-Regierung, Neil Barofsky, 23 Billionen Dollar an Rettungspaketen für die maroden Banken aufgebracht, in Europa und Asien waren es zumindest offiziell noch einmal 10 Billionen Euro, außerdem noch einmal fast eine Billion für den IWF.

In Wirklichkeit haben die internationalen Finanzinteressen und Banken Druck auf die Regierungen ausgeübt, den Giftmüll von Spekulanten, die sich verzockt haben, zu sanieren, und damit den realwirtschaftlichen Aufschwung sabotiert. Und jetzt sollen die gigantischen Kosten für diese angebliche Rettungsaktion, die nicht funktionieren kann, durch brutalste Kürzungen im Sozialbereich der Bevölkerung aufgebürdet werden.

Aber alle Kalkulationen für die Lage nach der Wahl in Deutschland werden - ganz egal, wie die neue Regierung aussehen wird - Makulatur sein. Denn die USA stehen unmittelbar vor dem Staatsbankrott: 48 von 50 Staaten sind insolvent, die reale Arbeitslosigkeit liegt nicht, wie die frisierten Statisti-



**Konkursverfahren für Banken
Staatskredite für Produktion**

**Helga Zepp-LaRouche
Kanzlerkandidatin**

BüSo wählen
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität www.bueso.de
Telefon: 06131 - 237 384

ken vorgeben, bei 10%, sondern bei 30%, weil (wie auch in Deutschland) mehrere Kategorien von Arbeitslosen aus der Statistik herausgefallen sind. Heute gibt es in den USA 223.000 Arbeitsplätze weniger als vor zehn Jahren, aber die Bevölkerung ist um 33,5 Millionen gewachsen. Ein immer größerer Anteil dieser Arbeitslosen wird in den nächsten Wochen ohne jegliche Bezüge sein, weil die Staaten insolvent sind. 40% der Personen, die einen Job haben, brauchen trotzdem Lebensmittelmarken!

Lyndon LaRouche hat in seinem spektakulären Internetforum am 8. September die Alternative auf den Punkt gebracht. Obama hat die Wahl: entweder er tritt weiter in die Fußstapfen von Bush und Cheney und versucht auf der Basis des Führerprinzips, die Interessen der Wall Street durchzusetzen, was aber ohnehin nicht gelingen kann, oder er rettet seine Präsidentschaft, indem er die Vertreter der Wall Street - wie Summers, Bernanke, Geithner, Orzag und die Brüder Emmanuel - entläßt. Dann wäre der Weg frei für eine Wiederbelebung der Politik Roosevelts.

Niemand soll hier die Illusion haben, daß die USA, der Dollar und damit das ganze Weltfinanzsystem kollabieren können, und Deutschland und Europa könnten dann irgendwie als Insel überleben. Solange wir in dem völlig bankrotten monetären System der Globalisierung bleiben, kann es nur den völligen Absturz geben. Nach

zungen der Renten, Anhebung der Eigenleistungen bei der medizinischen Versorgung. Mit dem Ende der Abwrackprämie und dem Auslaufen der Kurzarbeit stehen Pleitewellen, Massenarbeitslosigkeit und enorme Steuerausfälle ins Haus - eine Abwärtsspirale ohne Boden.

Angesichts dieser Realität ist die Unterzeichnung des Lissaboner Vertrags der EU der helle Wahnsinn. Die Mitgliedstaaten unterwerfen sich damit einer Schachtschen Austerität, geben jegliche Möglichkeit einer souveränen staatlichen Wirtschaftspolitik aus der Hand und beschließen das Abrutschen Europas in die Bedeutungslosigkeit einer untergehenden Kultur.

Genauso wahnsinnig ist die totale Vergrünung aller im Bundestag vertretenen Parteien. Nicht nur sind ausschließliche Investitionen in Energiequellen mit niedriger Energieflußdichte eine wirtschaftliche Sackgasse, an deren Ende ein Kollaps des Bevölkerungspotentials auf weltweit vielleicht noch eine Milliarde steht. Denn jede Stufe an Energieflußdichte im Produktionsprozeß steht für ein bestimmtes Bevölkerungspotential. Aber selbst auf diesem Irrweg haben uns China und die USA schon überholt. Die ganzen Steuergelder für die Subventionen von Wind und Sonnenenergie sind eine totale Fehlinvestition.

Es gibt einen Ausweg. Aber er erfordert, daß wir uns völlig von den Axiomen der Globalisierung verabschieden, und dazu gehört die EU-Diktatur ebenso wie Freihandel, WTO, Doha-Runde, Shareholder-Value-Gesellschaft, CO₂-Emissionshandel, grüne Technologien, Nahrungsmittelkartelle, etc. etc.

nung tragen, daß die kognitiven Fähigkeiten des Menschen die einzige Quelle des gesellschaftlichen Reichtums sind. Weder die kolonialistische Ausbeutung von Rohstoffen, noch die Kontrolle des Freihandels nach dem Prinzip, „Kaufe billig, verkaufe teuer“, schaffen Wert, sondern nur die Steigerung der Produktivität der eigenen Bevölkerung.

Ein solches System hatten wir in Deutschland schon einmal, und es ist noch gar nicht so lange her. Beim Wiederaufbau nach 1945 funktionierte die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die an der Reconstruction Finance Corporation Roosevelts orientiert war, als staatlicher Kreditgeber für klar definierte Projekte. Innerhalb weniger Jahre war Deutschland aus einem Trümmerhaufen aufgebaut, und die ganze Welt bewunderte uns wegen des deutschen Wirtschaftswunders. Das bedeutete eben auch den Aufbau eines starken Binnenmarkts, Steigerung der Produktivität der eigenen Arbeitskräfte und Steigerung der Kaufkraft.

Deutschland wird aus der größten Wirtschaftskrise in der Geschichte nur herauskommen, wenn wir, zusammen mit einem Amerika in der Tradition Roosevelts, Rußland, China, Indien und anderen souveränen Nationen ein neues Finanz- und Wirtschaftssystem beschließen. In jedem der genannten Staaten gibt es eine wachsende Diskussion und die Erkenntnis, daß nur ein Neues Bretton-Woods-System einen Ausweg darstellt. Wir müssen heute dringend an Roosevelts Absicht anknüpfen, der mit dem Bretton-Woods-System den Imperialismus und Kolonialismus für immer überwinden wollte, was Truman leider nicht fortgesetzt hat.

Die BüSo ist nicht nur die einzige Partei in Deutschland, die nachweislich seit vielen Jahren prognostiziert hat, daß die Kasino-Wirtschaft in einer Systemkrise enden würde. Wir vertreten seit langem das Programm einer neuen Finanzarchitektur. Ich persönlich habe 1997 den 1. Aufruf für ein Neues Bretton-Woods-System verfaßt, also vor inzwischen zwölf Jahren (!), der seitdem von vielen Tausenden wichtigen Persönlichkeiten und Institutionen aus der ganzen Welt unterzeichnet worden ist. Im italienischen Senat und Parlament wurden wiederholt überparteiliche Resolutionen verabschiedet, die ein Neues Bretton-Woods-System fordern.

Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die ein Konzept für die Überwindung der Krise hat und die internatio-

einem Dollarkollaps droht es zu einem kettenreaktionartigen Zusammenbruch zu kommen, von dem kein einziges Land auf dieser Welt verschont bleiben würde.

Der Chef-Verhaltensökonom des moralisch und finanziell vollkommen abgewirtschafteten IWF, Olivier Blanchard, forderte kürzlich, den „globalen Aufschwung“ durch massive Kürzungen von Leistungsansprüchen, also Renten, Gesundheitsversorgung etc. zu finanzieren. Genau das wird weltweit

**Internetforum
mit Helga Zepp-LaRouche,
Bundesvorsitzende und Kanzlerkandidatin
der Bürgerrechtsbewegung Solidarität,**

**Live im Internet
am 22. September 2009 um 18 Uhr
www.bueso.de**

**Senden Sie Ihre Fragen an:
kanzlerkandidatin@bueso.de**

gemacht. Kalifornien hat gerade 60 Milliarden Dollar im Haushalt gekürzt, was allein 900.000 Kinder armer Familien ohne Krankenversicherung läßt, und schneidet Arme, Alte und Behinderte von existentiell benötigter Hilfe ab. In allen europäischen Ländern gibt es entsprechende Pläne für drakonische Sparmaßnahmen, Kür-

Dieses Paradigma der vergangenen 40 Jahre ist unwiderruflich gescheitert.

Das jetzige monetäre System, bei dem es nur um den Profit von Wenigen auf Kosten von sehr Vielen geht, muß durch ein Kreditsystem ersetzt werden, mit dem die Bereiche des Gemeinwohls befördert werden. Es muß der Tatsache Rech-

BüSo
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität

**Bundesgeschäftsstelle:
06131-237384**

BW: 0711-6773726

Bayern: 089-7254011

Berlin: 030-8023405

Hamburg: 040-18200658

Hessen: 0611-7169744

Niedersachsen: 0163-7774034

NRW: 0201-3619753

Sachsen: 0351-4278140

E-Mail: info@bueso.de
www.bueso.de

**BüSo · Postfach 221128
55050 Mainz**

Spendenkonto:
Kto.-Nr. 1660 27-676,
BLZ 545 100 67
Postbank Ludwigshafen

Neues Kreditssystem für weltweiten Aufbau: Vollbeschäftigung für die kommenden 50 Jahre!



nenal Verbindungen zu den Kräften in vielen Ländern hat, die eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung durchsetzen können.

Seit dem Fall der Mauer vertreten wir die wirtschaftliche und infrastrukturelle Integration Eurasiens durch den Ausbau der Eurasischen Landbrücke. Auch Nord- und Südamerika und Afrika sollen damit durch sogenannte Entwicklungskorridore in einem Rekonstruktionsprogramm für die Weltwirtschaft verbunden werden. Der Hunger und die Armut auf der Welt könnten auf diese Weise

in wenigen Jahren für immer eliminiert werden.

Wir brauchen einen Wissenschaftsmotor, der den durch die Krise verursachten Kapazitätsverlust durch entwickelte Technologie wiedergutmacht. Deshalb soll Deutschland die bemannte Raumfahrt zu einer nationalen Priorität erheben. Kennedys Apollo-Programm, an dem viele deutsche Wissenschaftler mitgearbeitet hatten, hat bewiesen, wieviele Vorteile es für die zivile Wirtschaft bringt, sich mit den Herausforderungen des Weltraums erfolgreich auseinanderzusetzen.

Geben Sie deshalb am 27. September der BüSo beide Stimmen, denn alles wird in den kommenden Stürmen davon abhängen, daß unsere Lösungsvorschläge auf die Tagesordnung kommen.

Auch wenn die Dominanz der seichten Unterhaltung in den Medien manchmal Zweifel daran wecken: Ich glaube, daß die Deutschen sehr wohl das Potential haben, wieder zu einem Volk der Dichter und Denker zu werden. Wir müssen allerdings die wissenschaftlichen und kulturellen Schätze unserer klassischen Kultur wieder-

beleben, Cusanus, Kepler und Leibniz studieren, Bach, Beethoven und Schubert spielen und singen, Lessing, Mendelssohn, und Schiller spielen und rezitieren. Dann werden wir die Kreativität für eine neue Renaissance für das 21. Jahrhundert entwickeln.

Für all das brauchen wir die Liebe zu Deutschland und eine leidenschaftliche Liebe zur Idee der Menschheit.

Schenken Sie mir und der BüSo ihr Vertrauen, wenn Sie Volksvertreter im Bundestag haben wollen, die es mit dem Grundgesetz ernst meinen, und

nicht Ihre Rechte an Brüssel verscherbeln.

Wenn Sie die BüSo in den Bundestag wählen, wird der Lieblingssatz der Deutschen - „Man kann ja doch nichts machen!“ - bald vergessen sein. Es ist höchste Zeit, daß das Verfassungsversprechen des Grundgesetzes, daß das Volk der Souverän ist, politische Realität wird. Deshalb mein Appell an Sie, liebe Wähler, und vor allem an diejenigen unter Ihnen, die das Vertrauen in die Politik schon verloren hatten: Wählen Sie die BüSo!

Wir sind das Volk!

Fragen an die Kanzlerkandidatin?

Senden Sie Ihre Fragen an kanzlerkandidatin@bueso.de

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!

Name, Vorname: _____

PLZ, Ort: _____

Straße, Hausnummer: _____

Telefon: _____

E-mail: _____

Ja, ich unterstütze den Aufruf zur Bildung einer „Pecora“-Kommission zur Untersuchung der Ursachen der Finanzkrise.

Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.

Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen: Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67, Kto.Nr.: 166 027 676

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung Neue Solidarität vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.

Datum, Unterschrift: _____

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität
Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

Die Mediendiktatur in Deutschland

VON HELGA ZEPP-LAROCHE

„In Deutschland sind die Medien heute kontrollierter als zu Goebbels' Zeiten“, so lautete die Aussage eines ehemaligen Chefredakteurs einer renommierten, der CDU nahestehenden Zeitung gegenüber dieser Autorin vor ein paar Jahren. Übertrieben? Keineswegs, wie wir gleich sehen, von kleineren Ausnahmen abgesehen.

In der März-Ausgabe 2004 der Zeitschrift *Das Parlament* erschien ein Artikel mit der Überschrift: „Wer die Medien macht, macht die Meinung, Demoskopen geben Journalisten Schuld an der Politikverdrossenheit“. Darin wurde der Projektleiter beim Allensbacher Institut für Demoskopie, Thomas Petersen, zitiert, „daß die Bildung der Bevölkerungsmeynung in ihrer Tendenz sehr eng den Inhalten der Massenmedien nachfolgt - und nicht etwa umgekehrt... Das bedeutet, Medien geben Meinungen nicht wieder, sie machen sie... Die publizistische Forschung könne keinen einzigen Fall nen-

nen, bei dem sich erst die Meinung der Bevölkerung verändert habe, und dann die Medieninhalte.“

Ist Ihnen nicht auch schon aufgefallen, daß in den TV-Talkshows immer die selben Figuren auftauchen, und wenn schon einmal neue Personen erscheinen, daß auch sie keine Tabu-Themen ansprechen, und selbst Schmuddelkinder von der „Linken“ vor der Sendung offensichtlich ein paar Kilo Kreide gefressen haben, weil sie beim nächsten Mal wieder eingeladen werden möchten? Persönlichkeiten, bei denen der Verdacht besteht, sie könnten sich nicht an „die Regeln“ halten, werden nicht eingeladen.

„Putin beherrschte die Berichterstattung des am staatlichen Zügel gehenden Fernsehens, die Gegner konnten sich nicht in gleicher Weise darstellen“, schrieb die ach so demokratische *Süddeutsche Zeitung*. Das ist schon ganz schön Chuzpa für ein Verlautbarungsorgan

der Globalisierung, das zwischen Dezember 2008 und April 2009 nicht einen einzigen Artikel über den Versuch des Europäischen Rats veröffentlichte, den Lissaboner Vertrag quasi ohne Öffentlichkeit durchzupeitschen. Oder haben wir da etwa die zahlreichen Artikel von Gegnern des Lissaboner Vertrages in der SZ übersehen?

Die Medien in Deutschland wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von den Besatzungsmächten mit „Lizenzen“ ausgestattet, und ihre Funktion war es, die Deutschen im Sinne vorwiegend angloamerikanischer Interessen „umzuerziehen“. In den vergangenen 60 Jahren haben eine immer weiter fortschreitende Konzentration in nur noch wenigen Verlagen auf dem Printmediensektor und der Parteienproporz bei den öffentlich-rechtlichen Sendern dafür gesorgt, daß nur systemkonforme Meinungen dargestellt werden. Aus der Struk-

Verteidigt das Recht auf Leben - Nein zu Triage und Rationierung im Gesundheitswesen!

Bei der Gesundheitspolitik geht es nicht um irgendwelche Einzelinteressen, sondern um das grundsätzliche Prinzip, daß jedes Menschenleben heilig ist und daß jede Gesellschaft dieses Prinzip verteidigen muß, will sie nicht in die Barbarei abstürzen. Mit einer Konkursreorganisation des bankrotten Bankensystems und Staatskredit für die Produktion können wieder Millionen neuer, gutbezahlter Arbeitsplätze entstehen, das Steuereinkommen dramatisch steigen. Dann können auch unsere früher hervorragenden Sozialsysteme wieder funktionieren. Es ist eine Frage des politischen Willens, sich für das Gemeinwohl zu entscheiden.

Die folgenden Auszüge stammen aus dem Aufsatz eines Allgemeinmediziners mit großer Landpraxis in Rheinland-Pfalz, der dort seit über 25 Jahren tätig ist. Der Beitrag wurde am 6.9.09 verfaßt und trägt den Titel: „Der Arzt zwischen Gewissen und politisch gewollter Zerstörung der ethischen Normen“.

„... Über „Ehrenberg“, „Geißler“, „Blüm“, „Seehofer“ und zuletzt über „Ulla Schmidt“ und ihren Staatssekretär „Lauterbach“ erfolgte die mittlerweile „fast perfekt gelungene Entmündigung“ der Ärzte, entstand der wirtschaftliche Niedergang der Arztpraxen und die völlige Umstrukturierung des einst blühenden deutschen Gesundheitswesens hin zu planwirtschaftlichen, politisch zentral aus Berlin gesteuerten und dort erlassenen Gesetzen und Vorschriften, mit denen man den einst freien **Arzt** immer mehr zum Erfüllungshelfen degradierte von politischen Strömungen mit irrsinnigen und offensichtlich völlig jede

„alte Ethik“ und „Wertvorstellung“ zerstörenden Gängelungen von Arzt und Patient.

Dies alles wurde und wird begründet mit der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen, wobei es den „Machern“ in Berlin jedoch um ganz andere Zielrichtungen ging und geht: **Erstens:** der ehemals frei praktizierende Arzt und seine Einbindung in christliche Wertvorstellungen sowie der von ihm geschworene „Eid des Hippokrates“ wurden und werden dahingehend „vergewaltigt“, dass jeder Mediziner nun **mit seinem Privatvermögen für ärztliche Leistungen und Verschreibungen** haftet, wenn er bestimmte, statistisch willkürlich festgelegte Kosten-Grenzen im Vergleich mit den Durchschnittswerten der anderen Ärzte **überschreitet**. ...

Zweitens: In zentral von Berlin aus „erarbeiteten“ Richtlinien des „Gemeinsamen Bundesausschusses“ (G-BA) sowie des IQWiG (Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen) schreibt man dem niedergelassenen Arzt vor, was und in welcher Stufenfolge bei welcher Krankheit er überhaupt noch auf Kassenrezept verordnen darf.

Der Leiter des IQWiG, Prof. Peter Sawicki, antwortete auf die Frage, ob die marktüblichen Medikamente gegen **Demenz** (Antidemenzia) nicht doch überaus hilfreich und wirksam seien: **„Bringen nichts - Stattdessen soll man lieber Pflegeheime bauen“**. Und kurze Zeit später: **„Bringen nichts, stattdessen soll man lieber Pflegekräfte einstellen!“**

(vgl. Beitrag der Presseagentur *Gesundheit*, 12. Januar 2007: [\[aventis.de/frames/pdf/Kritik%20am%20IQWiG,%20Presseagentur%20Gesundheit.pdf\]\(http://www.haende-weg-von-aventis.de/frames/pdf/Kritik%20am%20IQWiG,%20Presseagentur%20Gesundheit.pdf\)\) ...](http://www.haende-weg-von-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Nach den geltenden Bestimmungen darf ein Arzt lediglich das **„gerade eben ausreichende und gebotene Medikament“** verordnen. **„Gerade eben Ausreichend“ ist die Schulnote Vier Minus! ...**

Drittens: (...) Derzeit erhält der niedergelassene Allgemeinmediziner für eine *streng begrenzte Anzahl* von Patienten, eine staatlich limitierte „Fallzahl“ ca. 44 Euro pro Patient pro Quartal an Regelleistungsvolumen. Im Vorjahr waren dies noch ca. 80 Euro pro Patient pro Quartal - und zwar für *jeden* Patienten. Für jeden darüber hinaus behandelten Patienten gibt es nur noch „Cent-Beträge“, de facto gar kein Honorar mehr! und das bei drastisch weiter steigenden Betriebskosten! Bei vielen Ärzten liegen mittlerweile die Betriebskosten um ca. ein Drittel höher als das zu erwartende „Regelleistungsvolumen-definierte Honorar“. Viele Praxen stehen vor dem wirtschaftlichen *Aus!* ...

Ohne Apparatedizin früher glücklich sterben?

Norbert Blüms Zitat vom „ohne Apparatedizin in jüngeren Jahren glücklicher sterbenden Menschen“ klingt uns allen noch in den Ohren.

Das sind die „feinen Nuancen“ im Sprachgebrauch, die bereits vor nicht allzu langer Zeit zu Begriffen wie „Unwertes Leben“ u.ä. geführt hatten - gefolgt von den uns allen schmachvoll noch gut bekannten Euthanasie-Gesetzen des Hitler-Regimes! ...

Der Arzt hat seinem Patienten *nicht* die „gerade eben ausreichende“ Behandlung zukommen zu lassen, sondern *die beste*, die *effektivste*, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen folgende und *schnellstens* zur Heilung führende *Behandlung!* Deshalb darf der Arzt *nicht* miteingebunden werden in die Frage, wer das al-

les bezahlen soll. **Die Kostenfrage ist eine reine politische Prioritätenfrage! ...**

Nur ein Land mit *freien* Ärzten hat das Recht, zu behaupten, daß es sich an christlich-abendländischen Grundwerten orientiert. Und nur in einem solchen Land, das diese Grundwerte heiligt, ist es erstrebenswert zu leben! *H.E.*

Die Mediendiktatur in Deutschland

Fortsetzung von Seite 2

Die nach 1945 geschaffen wurde, haben sich Medienkonzerne entwickelt, die weniger das Recht der Bürger auf Information bedienen, als sich selbst als „Global Players“ im System der Globalisierung definieren. Die Bertelsmann-Stiftung ist da nur ein Beispiel.

Den Journalisten und Redakteuren käme es gar nicht in den Sinn, Artikel oder Sendungen zu produzieren, die nicht der gewünschten Linie entsprechen. Sie wissen, daß nur der perfekte vorauseilende Gehorsam einen Karriereknick verhindern kann.

Aufschlußreich ist ein Interview des *Spiegel* am 22.2. 2005 mit Lord George Weidenfeld, der 1942 die erste Studie zur Propagandapolitik von Joseph Goebbels verfaßte. Lord Weidenfeld, der übrigens regelmäßig den *Bild*-Lesern die Welt erklärt, gab hier zu, von Goebbels „angetan“ zu sein, den er „auf seine Weise“ für ein „Genie“ hielt: „Er hat es verstanden, sich vom Gegner schamlos das Beste oder Effizienteste herauszuklauben und die Vorzeichen umzukehren“. Diese Methode haben offensichtlich jetzt auch die Grünen angewandt, wenn sie von einem „grünen New Deal“ sprechen.

Die angloamerikanischen Geheimdienste studierten Goebbels sehr genau, der ehemalige Chef des Senders *CBS-TV*, William Paley, sprach sogar davon, daß die Entwicklung des Fernsehens die Möglichkeit gebracht habe, „to outgoebbels Goebbels“ - also die Methoden von Goebbels sogar noch zu übertreffen.

Besonders angetan zeigte sich Lord Weidenfeld im genannten Interview davon, daß er in einem Handbuch für NS-Leute den Begriff „Hörfang“ gefunden habe. „Das bedeutete: Der NS-Radiokommentator sollte schon im ersten oder zweiten Satz Meinung und Nachricht vermischen, im Sinne der nationalsozialistischen Volksaufklärung.“ Aha, jetzt wissen wir endlich, woher das kommt, daß wenn die Medien überhaupt über die BüSo berichten, sie es nach diesem Prinzip „Hörfang“ tun und es immer ungefähr so lautet: „Die BüSo hat eine apokalyptische Welt-sicht und sagt schon jahrelang den Kollaps des Weltfinanzsystems voraus. Kritiker sagen, die BüSo sei...“

Lord Weidenfeld: „Wenn man es schafft, den Gegner

ständig moralisch zu diffamieren und zu demoralisieren, und die Gegenwehr zu schwach ist, dann ist das der halbe Sieg.“

Und Lord Weidenfeld weiter: „Natürlich kommt es irgendwann zu einer kathartischen Reaktion, wenn Propaganda und Wirklichkeit in keiner Weise mehr übereinstimmen.“ Ja allerdings. Dieser Punkt war erreicht, als die Bürger der DDR sich nicht mehr vom Schwarzen Kanal einschüchtern ließen, und der Chor anscholl: „Wir sind das Volk“. Dieser kathartische Punkt ist jetzt in den USA erreicht, wo die amerikanische Bevölkerung der Propaganda der Regierung nicht mehr glaubt und in Zehntausenden täglich ihre Abgeordneten bei deren Veranstaltungen zur Rede stellt.

Eine sehr große Anzahl von führenden Persönlichkeiten in der ganzen Welt weiß, daß Lyndon LaRouche und die BüSo in der Tat die einzigen waren, die auf der Basis einer überlegenen wirtschaftswissenschaftlichen Methode die Systemkrise richtig prognostizierten. Wenn die westlichen Medien an der Wahrheit interessiert wären, hätten sie die unanfechtbare Erfolgsgeschichte der Prognosen von LaRouche nach dem Ausbruch der Krise Ende Juli 2007 zum Anlaß genommen, zu untersuchen, wie es kommt, daß er recht hatte, und die ganze andere Zunft der Ökonomen völlig diskreditiert ist.

Als BüSo-Mitglieder im Herbst 2007 die verschiedenen Redaktionen in Deutschland anriefen, um sie auf die Richtigkeit der Prognosen LaRouches und der BüSo hinzuweisen, war die Antwort z.B. beim *Handelsblatt*: „Wir wissen was Sie sagen, aber über Sie bringen wir ganz bestimmt nichts“.

Der *Wiesbadener Kurier* nannte es am 11.9. „Zensur“, wenn China bei der Frankfurter Buchmesse mit einem Boykott drohe, falls regimiekritische chinesische Schriftsteller teilnähmen, und zitiert dann den exilchinesischen Autor Bei Ling: „Genau wie in China. Sie wollen keine abweichenden Stimmen hören.“

Genau das gilt auch für die Haltung der deutschen Medien gegenüber allen, die hier bei uns etwas sagen, was die etablierte Meinung in Frage stellt. Der Unterschied ist nur: In China berichten die größten Tageszeitungen über die Ideen Lyndon LaRouches.

BüSo-Wahlspot zur Bundestagswahl 2009

Liebe Wählerinnen und Wähler!

[Helga-Zepp-LaRouche:] Die Krise, vor der ich seit Jahren gewarnt habe, ist jetzt da. Alle, die das jetzige Desaster durch ihre Inkompetenz verursacht haben, sollen abtreten und nicht so tun, als könnten sie mit den gleichen falschen Annahmen einen Ausweg finden.

Vor der Wahl wird die Regierung mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß die Wahrheit über das Ausmaß der Krise ans Tageslicht kommt.

Die Wahrheit ist, daß das gesamte Weltfinanzsystem vor dem totalen Absturz steht und die deutsche Wirtschaft mit sich in den Abgrund reißen wird. Genauso wie in den USA jetzt ein Massenaufstand gegen die Regierung ausgebrochen ist, weil die Billionen für die Banken jetzt der Bevölkerung aufgebürdet werden sollen, droht auch bei uns bereits im Herbst die Unregierbarkeit, wenn auf Massenarbeitslosigkeit und Firmenpleiten mit Sparpolitik reagiert wird.

Es gibt einen Ausweg, unser Programm: Damit die Banken wieder in die Realwirtschaft investieren können, muß der finanzielle Giftmüll komplett gestrichen werden. Das ist mein Patentrezept!

Wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau das Wirtschaftswunder der fünfziger und sechziger Jahre mitorganisierte, müssen heute Staatskredite in Milliardenhöhe in die Infrastruktur und die Produktion fließen, so daß 10 Millionen neue produktive Arbeitsplätze entstehen.

Ich trete an, weil ich weiß, wie die Krise zu lösen ist!
Wählen Sie am 27. September die BüSo!

Fernseh- und Radiotermin der BüSo zur Bundestagswahl 2009

Fernsehen:

ARD: 17.09. ca. 17:54 Uhr
ZDF: 17.09. ca. 19:20 Uhr

Radio:

WDR 4:
15.09. ca. 13:05 Uhr
HR 1:
16.09. ca. 10:26 Uhr
Deutschlandradio:
17.09. ca. 15:27 Uhr
NDR Info:
17.09. ca. 17:58 Uhr
BR 3:
18.09. zwischen
6:00 und 6:30 Uhr
WDR 2:
21.09. ca. 15:05 Uhr
MDR Jump:
23.09. ca. 10:27 Uhr
NDR Info:
24.09. ca. 11:58 Uhr
SWR 4:
24.09. ca. 16:55 Uhr
BR 1:
25.09. ca. 15:27 Uhr

Erst kommen die Menschen!

Das Kurzprogramm der BüSo

Ordentliches Insolvenzverfahren der Banken auf nationaler Ebene

Keine weiteren Milliarden an Steuergeldern oder aus den Druckerpressen der Notenbanken für den Giftmüll bankrotter Banken oder Spekulanten, sondern ein ordentliches Insolvenzverfahren der betroffenen Banken.

Zeitweise Nationalisierung der Banken, um die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, den Giftmüll abzuschreiben, die Bilanzen in Ordnung zu bringen bzw. nicht überlebensfähige Banken zu schließen. Zu diesem Zweck Einsetzung kompetenter Industriebanker statt Manager, die versagt haben.

Der Schutz der Einlagen und die Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlich wesentlichen Funktionen staatlich regulierter Banken muß gesichert werden.

Ersatz des monetären Systems durch ein Kreditsystem, in dem staatliche Kredite für Infrastruktur und andere die Produktivität der Wirtschaft steigernde Bereiche ausgegeben werden, die dann über die öffentlichen Banken an die Firmen weitergereicht werden, die an diesen Investitionen beteiligt sind.

Für eine „Pecora“-Untersuchungskommission

Wir brauchen eine schonungslose Untersuchung der Ursachen der Krise, um durch entsprechende Gesetze eine Wiederholung zu verhindern. Die verantwortlichen Personen müssen identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden.

Sofortige Notkonferenz souveräner Staaten für ein neues Bretton-Woods-System

Wir befinden uns mitten im Systemkollaps der globalisierten Finanzmärkte. Gegen einen chaotischen Zusammenbruch hilft nur eine Reorganisation des Weltfinanzsystems auf Veranlassung maßgeblicher Regierungen. Eine Gipfelkonferenz ähnlich wie 1944 in Bretton Woods muß ein neues Kreditsystem schaffen, das sich auf den Wiederaufbau der Realwirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene konzentriert, die Sozialsysteme erhält, den Kapitalverkehr regelt, die Spekulation unterbindet und einen Großteil der Schulden abschreibt.

Zu den nötigen Maßnahmen gehören: feste Wechselkurse, die Schaffung einer Nationalbank und souveräne Kontrolle über die eigene Währung nach den Prinzipien der Physischen Ökonomie, wie sie Lyndon LaRouche vertritt.

Neue Weltwirtschaftsordnung statt „Globalisierung“

Globalisierung ist ein brutaler Mechanismus zur Senkung des Lebensstandards und Zerstörung der Sozialsysteme in den alten Industriestaaten, ohne daß dieses Produktivpotential in den Billiglohnländern entsprechend aufgebaut würde. Die Alternative zu diesem neuen Feudalismus ist die Zusammen-

arbeit der Nationalstaaten in einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Die jetzt tonangebenden Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank müssen durch ein System von Nationalbanken unter der Kontrolle souveräner nationaler Regierungen ersetzt werden. Nein zu einer neuen imperialen „Weltwährung“ wie den Sonderziehungsrechten.

Währungshoheit wiederherstellen

Da mit dem Scheitern der EU-Verfassung die EU keine Geschäftsgrundlage mehr hat und die EZB als Notenbank privater Finanzinteressen die notwendige Investitionspolitik in den einzelnen Ländern blockiert, kündigen wir den Maastrichter Vertrag, führen die D-Mark wieder ein und behalten den Euro nur als Verrechnungseinheit.

Produktive Kreditschöpfung für 10 Millionen Arbeitsplätze

Oberster Kreditgeber in einem souveränen Deutschland ist eine dem Gemeinwohl verpflichtete Bundesbank, die in eine Nationalbank umgewandelt werden muß. Die Landesbanken müssen ihrer ursprünglichen Aufgabe gemäß öffentliche Projekte finanzieren. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll über langfristige, niedrigverzinsten Infrastrukturanleihen privates Kapital mobilisieren und so, wie nach dem Krieg, Kredite an mittel-ständische Unternehmen finanzieren

Stabilitätsgesetz von 1967 anwenden

Vollbeschäftigung ist machbar, wenn wir das Stabilitätsgesetz von 1967 konsequent anwenden. Mit jährlich 200 Mrd. Euro (400 Mrd. DM) öffentlicher Infrastrukturinvestitionen werden private Investitionen in vergleichbarer Höhe angeschoben und in wenigen Jahren 10 Mio. produktive, gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen. Vorbild ist der Wiederaufbau in den 50er Jahren oder F.D. Roosevelts „New Deal“.

Infrastruktur erhalten und ausbauen

Unterlassene Investitionen in die Infrastruktur von Kommunen und Bund haben zu einem „Investitionsstau“ von mittlerweile mindestens 1000 Mrd. Euro geführt. Jetzt muß nicht nur dieser Rückstand beseitigt, sondern außerdem in neue Projekte wie CargoCap, RailCab und grenzübergreifende Transrapidstrecken investiert werden.

Neue Märkte sind zu erschließen durch ein System produktiver, zwischenstaatlicher Kredite für große, länderübergreifende Infrastrukturprojekte mit staatlichen (Hermes-)Bürgschaften. Im Rahmen solcher Projekte kann auch ein großer Teil des Autosektors zur Produktion nützlicher Güter wie Transrapid, CargoCap, Kernkraftwerken, Traktoren, Erntemaschinen etc. umgerüstet und so wertvoll-

le Arbeitsplätze und Kapazitäten erhalten werden

Eurasische Landbrücke als Friedensordnung

Die Zukunft Europas liegt in der Zusammenarbeit souveräner Nationen für eine gemeinsame Mission des Gemeinwohls und nicht in einem militarisierten, neuen EU-Empire.

Die Eurasische Landbrücke, die nicht nur aus einem Netz von Transrapidstrecken, Pipelines, Kernkraftwerken und Entwicklungskorridoren über den ganzen Doppelkontinent besteht, schafft auch die Grundlage für eine Friedensordnung im Sinne des Westfälischen Friedens von 1648, in der die Nationen jeweils auch den „Vorteil des anderen“ fördern.

Die Entwicklung Afrikas ist eine dringliche, gemeinsame Mission Europas.

Kernkraft statt Windräder

Ausstieg aus der Subventionierung der unrentablen Wind- und Solarenergie, Aufhebung des energieverteuernden Energieeinspeisungsgesetzes. Wiedereinstieg im großen Stil in die Kernenergie, Bau des inhärent sicheren Hochtemperaturreaktors. Mehr Mittel für die Kernfusion und den ITER-Forschungsreaktor.

Nein zum Schwindel der „menschengemachten Klimaerwärmung“; kein CO₂-Zertifikatehandel!

Paritätspreise für die Landwirtschaft

Kostendeckende Erzeugerpreise sind Grundvoraussetzung für Nahrungsmittelsicherheit. Die Nahrungsmittelproduktion muß weltweit verdoppelt werden, damit eine wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann. Abschaffung der WTO! Keine Produktion von Nahrungsmitteln für Biosprit und keine Patentierung von Saatgut oder Nutztieren durch Agrarkartelle.

Forschen für die Welt von morgen

Damit die besten Köpfe im Lande bleiben, müssen sie auch etwas zu tun bekommen: Wichtige Zukunftsbereiche: Weltraumforschung, Terraforming, Kernfusion, Nanotechnik, eine „Biologische Verteidigungsinitiative“ zur Erforschung von AIDS u.a. Krankheiten. Die Gefahr neuer bedrohlicher Pandemien wie der Schweine- und Vogelgrippe zeigt, daß diese medizinischen Forschungsprojekte eine Überlebensfrage für die Menschheit sind.

Humboldts Bildungswesen zum Vorbild nehmen

Mehr denken, lernen, forschen und erfinden! Schüler sollen in der Schule nicht nur dies und das auswendig lernen, sondern schöpferisches Denken üben, ihre Talente entdecken und eine Idee davon bekommen, was wirkliches Wissen und ein „schöner Charakter“ ist.

Verbot von Killerspielen!

Renaissance der klassischen Kultur

Wenn wir die Ideen von großen Menschen wie Platon, Nikolaus von Kues, Leibniz, Mendelssohn, Schiller, Humboldt, Bach, Mozart, Beethoven, Gauß, Riemann und Cantor wieder lebendig werden lassen, können wir wieder zum Volk der Dichter und Denker werden.

Gesundheitswesen retten: Keine Nazipolitik durch Leistungskürzungen!

Das einst vorbildliche deutsche Gesundheitswesen muß wiederhergestellt werden!

Weg mit dem Gesundheitsfonds! Nein zu Deckelung, Kürzung von Leistungen oder Prioritätenlisten für Behandlungen. Eine Zweiklassenmedizin, bei der das Einkommen die Lebenserwartung bestimmt und mit der politisch mörderische Sparprogramme zugunsten der Rettung von Finanzspekulanten durchgedrückt werden, ist mit dem Grundgesetz unvereinbar. Gerade in Deutschland darf die Idee, es könnte „zu teure, zu alte, zu kranke“ Patienten geben, nicht noch einmal toleriert werden!

Abschaffung der unnötigen kostspieligen Bürokratie, die durch die diversen „Gesundheitsreformen“ geschaffen wurde; statt dessen ordentliche Bezahlung für Ärzte, Krankenschwestern und andere im medizinischen Bereich tätigen Personen.

Die Solidargemeinschaft der Versicherten und das Gemeinwohl muß wieder Richtschnur im Gesundheitswesen werden. Nein zu Triage und Euthanasie!

Renten sichern durch Wirtschaftswachstum

Keine Privatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Das akute Defizit in der Rentenkasse wird sofort verschwinden, wenn die Investitions-offensive Millionen Menschen wieder in Arbeit bringt. Auch das demographische Problem ist lösbar durch eine wachsende Produktivität der Gesamtwirtschaft, die u.a. in höheren Realeinkommen zum Ausdruck kommt.

Nein zum Lissabon-Vertrag - Hände weg vom Grundgesetz!

Eine Verfassung ist dazu da, gerade in Krisenzeiten Richtschnur und Maßstab der Politik zu sein. Deshalb Nein zum grundgesetzwidrigen und diktatorischen Lissabon-Vertrag!

Auch Gesetze wie Hartz IV, die das Wesen der Bundesrepublik als sozialer und auf dem Gemeinwohl basierenden Republik zerstören, sind abzulehnen.

Dasselbe gilt für neue Gesetze, die angeblich der Abwehr des Terrorismus dienen. Keine Beteiligung an Angriffskriegen, kein Einsatz der Bundeswehr im Innern als Polizeiersatz.

Nein zum Kampfeinsatz in Afghanistan! Statt dessen Beteiligung an einer effektiven Bekämpfung von internationalem Drogenhandel und Geldwäsche.

Die BüSo tritt an zur Bundestagswahl 2009!

In den folgenden Bundesländern tritt die BüSo mit Landeslisten an:

Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen

Direktkandidaten der BüSo treten in den folgenden Wahlkreisen an:

- 20 Hamburg-Altona: Armin Azima
- 24 HH-Bergedorf-Harburg: Joachim Huth
- 31 Stade I – Rotenburg II: Maria Räuschel
76 Berlin-Mitte: Helga Zepp-LaRouche
- 77 Berlin-Pankow: Daniel Köppen
- 78 Berlin-Reinickendorf: Frank Scholz
- 79 Berlin-Spandau-Charl.-Nord: Horst Kreil
- 80 Berlin-Steglitz-Zehlendorf: Silvia Heinel
- 81 Berlin-Charl.-Wilmersdorf: Anna Hildebrand
- 82 Berlin-Tempelh.-Schöneberg: Uwe Raake
- 85 Berlin-Treptow-Köpenick: Daniel Buchmann
- 86 Berlin-Marzahn-Hellersdorf: Stefan Tolksdorf
- 87 Berlin-Lichtenberg: Wolfgang Lillge
97 Bonn: Ilja Karpowski
120 Essen II: Matthias Kraume
121 Essen III: Katarzyna Kruczkowski
133 Bielefeld: Paul Felix Giebeler
- 141 Bochum I: Stephan Hochstein
- 143 Dortmund I: Tobias Faku
153 Leipzig I: Karsten Werner
154 Leipzig II: Xenia Biereichelt
158 Görlitz: Siegmund John
- 159 Sächs. Schweiz-Osterzgeb.: Rico Schulz
160 Dresden I: Marcus Kürt
161 Dresden II – Bautzen II: Toni Kästner
166 Zwickau: Kai-Uwe Dücke
179 Wiesbaden: Alexander Hartmann
- 182 Frankfurt/Main I: Rainer Apel
- 183 Frankfurt/Main II: Klaus Fimmen
206 Mainz: Christian Huth
213 Altötting: Franz Maier
217 Ingolstadt: Alois Schieber
- 218 München-Nord: David Faku
- 219 München-Ost: Martin Hennig
- 220 München-Süd: Christa Kaiser
- 221 München-West/Mitte: Werner Zuse
223 Rosenheim: Gerald Strickner
225 Traunstein: Alois Krumbachner
230 Rottal-Inn: Reinhard Maßberg
- 252 Augsburg-Stadt: Hannelore Fackler-Plump
- 253 Augsburg-Land: Ralf Heinrich
258 Stuttgart I: Hubert Mohs
259 Stuttgart II: Lüder Grosser